



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Spezialkommission
vom: 19. Februar 2015
zur Vorlage Nr.: [2009-314](#)
Titel: **Betreffend die Änderung des Bildungsgesetzes für die familien-
ergänzende Kinderbetreuung im Schulbereich**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2009/314a

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

Bericht der Spezialkommission FEB an den Landrat

Betreffend die Änderung des Bildungsgesetzes für die familienergänzende Kinderbetreuung im Schulbereich

Vom 19. Februar 2015

1. Ausgangslage

Mit der Einsetzung der Spezialkommission FEB (familienergänzende Betreuung), die der Landrat am 18. September 2014 beschlossen hat, wurden diesem Gremium nicht nur die aktuellen Vorlagen [2014/270](#), [2014/271](#) und [2014/272](#), sondern auch die Vorlage [2009/314](#) zugewiesen. Dieses inzwischen mehr als fünf Jahre alte Geschäft hat eine spezielle Geschichte, an der sich die bislang erfolglosen Gesetzgebungsversuche im Bereich der familienergänzenden Betreuung im Kanton Basel-Landschaft nachzeichnen lassen. Die Strategie, entsprechende Regelungen einerseits für den Vorschul- und andererseits für den Schulbereich zu erlassen, scheiterte mit der Volksabstimmung vom 11. März 2012: Damals wurde die Abstimmungsvorlage für den Frühbereich – die Vorlage [2009/313](#) – an der Urne knapp [abgelehnt](#). Bereits am 12. Januar 2012 hatte der Landrat die noch nicht beschlossene Vorlage 2009/314 an die Bildungs-, Sport- und Kulturkommission zurückgewiesen; die Kommission ihrerseits hatte dem Landrat zuvor nach langwierigen Beratungen mit 5:5 Stimmen bei einer Enthaltung mit Stichentscheid des Präsidenten beantragt, diese Vorlage 2009/314 an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Unmittelbar nach dem Scheitern des einen dieser beiden Gesetzesentwürfe in der Volksabstimmung von 2012 fanden die Diskussionen zum FEB-Thema ihre Fortsetzung – mit der Lancierung zweier Initiativen, welche in den heutigen Vorlagen 2014/270 und 2014/272 ihren Niederschlag gefunden haben. Der Regierungsrat seinerseits erarbeitete ein FEB-Gesetz, das die Geschäftsnummer 2014/271 trägt und als indirekter Gegenvorschlag zu den Volksbegehren zu verstehen ist. Diese vier Geschäfte sollen nun – wie gesehen – gebündelt in der FEB-Spezialkommission beraten werden.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Vorlage 2009/314 erübrigt sich an dieser Stelle, zumal sie inzwischen Eingang ins FEB-Gesetz gefunden hat; im Rahmen der Vorlage 2014/271 soll die materielle Würdigung der Thematik und ihrer gesetzlichen Grundlagen erfolgen. Für Details wird dennoch auf die [Vorlage](#) selber wie auch den dazugehörigen [BKSK-Bericht](#) verwiesen.

2. Beratungen in der Spezialkommission FEB

2.1. Organisatorisches

Die FEB-Spezialkommission hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 10. November 2014 beraten; dies in Anwesenheit von Sicherheitsdirektor Isaac Reber, Bildungsdirektor Urs Wüthrich, SID-Generalsekretär Stephan Mathis sowie von Katrin Bartels (Abteilung Familie, Integration und Dienste SID), Andrea Aeschlimann (wissenschaftliche Mitarbeiterin Stab Recht BKSD) und Esther

Kilchmann (Leiterin Abteilung Kind und Jugend, Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote BKSD).

2.2. Eintreten/Diskussion

Die Kommission kam schnell zum Schluss, dass der Landrat die Vorlage nicht weiter verfolgen muss, weil ihre Inhalte im FEB-Gesetz aufgegangen sind. Abklärungen bei Hans-Jakob Speich, Leiter Rechtsdienst des Regierungsrates, und Alex Klee, Co-Leiter Parlamentsdienst, ergaben, dass dem Landrat in diesem – aussergewöhnlichen und wohl einmaligen – Fall beantragt werden soll, nicht auf die Vorlage einzutreten. Die FEB-Spezialkommission beschloss also, auf die Vorlage einzutreten - und dem Landrat zu beantragen, nicht auf die Vorlage einzutreten. Dieser Weg ergibt sich weiter aus der Tatsache, dass der Landrat am 12. Januar 2012 vor der Rückweisung der Vorlage nicht formell auf diese eingetreten ist, wie das entsprechende [Protokoll](#) zeigt. Nicht zuletzt sieht die Kommission in diesem Antrag den unkompliziertesten Weg, die Vorlage ad acta zu legen.

3. Antrag an den Landrat

://: Die Spezialkommission FEB beantragt dem Landrat einstimmig, nicht auf die Vorlage [2009/314](#) einzutreten.

Itingen, den 19. Februar 2015

Für die Spezialkommission FEB:
Jürg Degen, Präsident